

Bericht über die AGR¹-Konferenz vom 21. bis 23. März 2012 beim Institut für Plasmaphysik (IPP) in Garching

An der AGR-Konferenz beim Max-Planck-Institut für Plasmaphysik (IPP) in Garching bei München nahmen vom 21. – 23. März 2012 Betriebs- und Personalräte aus Einrichtungen der Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), der Max-Planck-Gesellschaft (MPG), der Hermann-von-Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren (HGF) und der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL) teil.

Dr. Emanuele Poli, theoretischer Plasmaphysiker am IPP, stellte die Forschungsarbeit des Instituts vor. Dabei stellte er besonders heraus, dass nur am IPP beide Konzepte für den magnetischen Einschluss des 100 Millionen Grad heißen Plasmas verfolgt werden: ein Tokamak in Garching und zukünftig bei ITER in Cadarache, Frankreich sowie ein Stellarator am IPP-Teilinstitut in Greifswald. Das Ziel der Fusionsforschung ist bis zum Ende des Jahrhunderts ein Drittel des Energiebedarfs aus Fusionskraftwerken zu decken.

Dr. H.-G. Husung, Generalsekretär der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) von Bund und Ländern stellte die Aufgaben der GWK vor, die sich abhängig von den verschiedenen Finanzierungsschlüsseln für WGL, MPG und HGF unterscheiden. Die starke Stellung der GWK in der Diskussion über die Entwicklung der Forschungspolitik in Deutschland erklärte er damit, dass die Mitglieder der GWK sich aus dem Forschungs- und dem Finanzministerium der Bundesregierung und den zuständigen Ministerien der einzelnen Landesregierungen zusammensetzen. Er empfahl der Konferenz, ihrerseits auch Kontakt zu FinanzpolitikerInnen aufzunehmen, um über die Zukunft der Forschungsfinanzierung ab 2015 zu diskutieren.

Die Konferenz hat zustimmend zwei Schreiben zur Kenntnis genommen, die von ihren Ausschüssen aufgesetzt wurden:

- Der Ausschuss für Aus- und Weiterbildung hat sich an die ver.di Bundestarifkommission gewendet mit dem dringenden Wunsch, die Regeln zur Erstattung von Kosten für den Besuch von auswärtigen Berufsschulen für Azubis klarer zu fassen. Die Arbeitgeber weigern sich derzeit diese Kosten zu übernehmen, auch wenn Azubis keine Möglichkeit haben, auf näher gelegene Berufsschulen auszuweichen. Deshalb wurde eine Unterschriftensammlung in den Forschungseinrichtungen unter dem Motto „Da muss mehr drin sein“ initiiert, mit der noch einmal an Bund und kommunale Arbeitgeber appelliert werden soll, hier Zugeständnisse zu machen.
- Der Ausschuss für Gleichstellung hat einen Aushang zum „Equal Pay Day“ am 23. März 2012 vorbereitet, in dem angeprangert wird, dass Frauen in Deutschland im Durchschnitt immer noch schlechter bezahlt werden als Männer: erst am „Equal Pay Day“ - also nach knapp 15 Monaten - haben sie so viel Geld verdient wie Männer schon nach den 12 Monaten des Vorjahres.

Ein weiteres Schwerpunktthema der Konferenz war der Umgang in den Forschungseinrichtungen mit Sozialen Medien, wie z.B. Facebook und Twitter. Heidi Schuster, Referentin für Datenschutz und IT Sicherheit in der MPG, ging auf die rechtlichen Rahmenbedingungen ein, die bei der Nutzung sowohl im beruflichen wie privaten Bereich zu beachten sind. Henning Krause vom DLR in Köln (verantwortlich für Öffentlichkeitsarbeit) machte in seinem Vortrag deutlich, dass er für die Einrichtungen eine Notwendigkeit sieht, auf diesem Feld mitzumischen. Beide plädierten für die Erstellung klarer Regeln für die Nutzung im Namen der Organisationen. Strikt davon zu trennen sind aus ihrer Sicht Empfehlungen für Beschäftigte zur Nutzung der neuen Medien als Individuen, sowohl beruflich wie privat.

Die Konferenz stellte fest, dass es notwendig ist, klare Regelungen zu treffen und sich dieser Entwicklung nicht zu verschließen.

In der Diskussion mit Andreas Keller, GEW wurde herausgearbeitet, dass die ausufernde Befristungspraxis in den Forschungseinrichtungen mit immer mehr und immer kürzeren Zeitverträgen nicht nur für die betroffenen KollegInnen unerträglich ist, sondern auch der Qualität von Forschung schadet. Die Konferenz und ihre Ausschüsse wollen sich weiter auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass Regeln geschaffen werden, die helfen diese Praxis einzudämmen (z.B. durch Änderungen am Wissenschaftszeitvertrags- sowie Teilzeit und Befristungsgesetz). Außerdem hält sie unter diesen Bedingungen eine verlässliche Personalentwicklungsplanung in allen Einrichtungen für unverzichtbar.

¹ Die Arbeitsgemeinschaft der Betriebs- und Personalräte der außeruniversitären Forschungseinrichtungen – Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), Hermann-von-Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren (HGF), Max-Planck-Gesellschaft (MPG), Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL) – vertritt etwa 82 000 Beschäftigte in Forschung und Entwicklung